Stenographisches Protokoll

371. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich

Donnerstag, 26. Jänner 1978

Tagesordnung

1. Änderung des Bundesgesetzes über die Förderung staatsbürgerlicher Bildungsarbeit im Bereich der politischen Parteien sowie der Publizistik
2. Änderung des Bundesgesetzes über technische Studieneinrichtungen
3. Änderung des Kunsthochschul-Organisationsgesetzes
4. Ausschußergänzungswahlen

Inhalt

Bundesrat

Trauerkundgebung für Bundesrat Wally (S. 12553)

Zuschriften der Präsidenten des Steiermärkischen Landtages und des Salzburger Landtages betreffend Mandatsverzichte (S. 12554)

Angelobung des Bundesrates Radlegger (Salzburg) (S. 12555)

Antrittsansprache des Vorsitzenden Medl (S. 12555)

Bundesregierung

Vertretungsschreiben (S. 12557)

Gesetzesbeschlüsse des Nationalrates (S. 12557)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 12557)

Ausschußergänzungswahlen (S. 12565) – Verzeichnis der neubesetzten Ausschußmandate (S. 12566)

Verhandlungen

(1) Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 18. Jänner 1978: Änderung des Bundesgesetzes über die Förderung staatsbürgerlicher Bildungsarbeit im Bereich der politischen Parteien sowie der Publizistik (1785 d. B.)

Berichterstatterin: Rosa Heinz (S. 12557)

Redner: Hofmann-Wellenhof (S. 12558) und Pumpernig (S. 12559)

kein Einspruch (S. 12561)

(2) Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 18. Jänner 1978: Änderung des Bundesgesetzes über technische Studieneinrichtungen (1786 d. B.)

Berichterstatter: Mayer (S. 12561)

Redner: Dipl.-Ing. Berl (S. 12561)

kein Einspruch (S. 12563)

(3) Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 18. Jänner 1978: Änderung des Kunsthochschul-Organisationsgesetzes (1787 d. B.)

Berichterstatter: Dr. Lichal (S. 12563)

Redner: Dr. Anna Demuth (S. 12563)

kein Einspruch (S. 12565)

Eingebracht wurden

Anfrage

der Bundesräte Fürst und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend die Hubraumbesteuerung von Kraftfahrzeugen (354/J-BR/78)

Anfragebeantwortung

des Bundesministers für Justiz auf die Anfrage der Bundesräte Fürst und Genossen (326/A.B.-BR/78 zu 352/J-BR/77)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzender **Medl:** Ich eröffne die 371. Sitzung des Bundesrates.

Trauerkundgebung

Vorsitzender **Medl:** Hohes Haus! *(Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen.)* Ein letztes schlichtes Blumengebinde schmückt heute den Platz, welchen ansonsten unser Freund und Bundesratskollege Leopold Wally eingenommen hat.

Denn in unsere parlamentarische Tätigkeit für das Leben fallen immer wieder die leidvollen Stunden, die mit dem Abschied eines uns liebgewordenen Mitgliedes unserer Gemeinschaft in Zusammenhang stehen.

Und obwohl keiner von uns weiß, wann ihm selbst die Stunde schlägt, sind wir alle zutiefst

Vorsitzender Medl

getroffen, daß ein so rüstiger, kraftvoller und in der parlamentarischen Arbeit so aktiv tätiger Kollege unerwartet so plötzlich von uns gegangen ist.

Erwächst da, angesichts der Ehrfurcht vor dem Tode und der Ratlosigkeit, mit der wir dem Geschehen gegenüberstehen, nicht zwangsläufig die Frage nach dem Inhalt eines sinnerfüllten Lebens?

Ist es die bürgerliche Genügsamkeit und der häusliche Frieden oder ist es der Kampf um das tägliche Brot mit all den Hoffnungen und Enttäuschungen?

Ist es der so begehrte Erfolg im Berufsleben?

Oder der immerwährende Einsatz für die selbstgewählte Gemeinschaft?

Ist es vielleicht alles zusammen?

Oder schlicht und einfach nur Erfülltheit?

Ich kann die Frage vorerst nicht beantworten und muß sie deshalb offenlassen.

Oberschulrat Leopold Wally wurde als Vertreter des Bundeslandes Salzburg 1969 in den Bundesrat entsandt.

In all den Jahren seiner politischen Tätigkeit in dieser Länderkammer hat er, sowohl in den zahlreichen Ausschüssen, denen er angehörte, als auch im Plenum zu den mannigfaltigsten Problemen Stellung genommen.

Sein vielseitiges Wissen und seine reiche Lebenserfahrung halfen ihm dabei, sowohl sachlich wie kritisch den aufgeworfenen Fragen gegenübertreten zu können.

In seinem ureigensten Wesen aber war er – trotz seiner parlamentarischen Erfolge –, eingepackt in die Hülle der Beherrschtheit, ein Suchender, ein rastlos Suchender nach sozialer Gerechtigkeit für alle.

Und wenn ich zuvor die Frage nach dem Inhalt eines sinnerfüllten Lebens offenließ, so kann ich nur mit einer umso größeren Bestimmtheit sagen:

Das Leben unseres Freundes Leopold Wally war ein reiches, ein erfülltes.

Wir wollen ihn in guter Erinnerung behalten.

Sie haben sich, meine Damen und Herren, zum Zeichen der Anteilnahme von ihren Sitzen erhoben. Ich danke Ihnen für diese Trauerkundgebung. *(Die Anwesenden nehmen die Plätze wieder ein.)*

Vorsitzender: Das Amtliche Protokoll der 370. Sitzung des Bundesrates vom 21. Dezember 1977 ist aufgelegen, unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Ich begrüße den im Hause anwesenden Herrn Staatssekretär Dr. Löschnak. *(Allgemeiner Beifall.)*

Einlauf

Vorsitzender: Eingelangt sind Schreiben des Präsidenten des Steiermärkischen und des Salzburger Landtages betreffend Mandatsverzichte.

Ich ersuche die Frau Schriftführer um Verlesung dieser Schreiben.

Schriftführerin Ottilie **Liebl:** „Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Mit Schreiben vom 5. Dezember 1977 hat Bundesrat Prof. Dr. Josef Reichl sein Mandat als Mitglied des Bundesrates mit Wirkung vom 31. Dezember 1977 aus Gesundheitsgründen und auch aus Gründen der nahenden Altersgrenze zurückgelegt.

Über die Neuwahl eines Bundesratsmitgliedes erfolgt eine gesonderte Verständigung.

Der Präsident
des Steiermärkischen Landtages:
Dr. Koren"

„Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Mit Schreiben vom 23. Dezember 1977 hat Landtagsabgeordneter Gerhard Heidinger sein Mandat als Ersatzmitglied des Bundesrates mit sofortiger Wirkung zurückgelegt.

Über die Neuwahl eines Ersatzmitgliedes erfolgt eine gesonderte Verständigung.

Der Präsident
des Steiermärkischen Landtages:
Dr. Koren"

„Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Herr Bundesrat Leopold Wally hat mir mit dem in Ablichtung beiliegenden Schreiben den Verzicht auf sein Bundesratsmandat mit Wirkung vom 10. Jänner 1978 mitgeteilt.

Herr Bundesrat Wally gehörte vor seiner Wahl zum Vertreter des Landes Salzburg im Bundesrat am 14. Mai 1969 vom 3. November 1966 bis zum 14. Mai 1969 als Mitglied dem Salzburger Landtag an.

Wer Herrn Bundesrat Wally als Vertreter des Landes Salzburg in den Bundesrat nachfolgen wird, ergeht in Kürze noch eine gesonderte Mitteilung.

In vorzüglicher Hochachtung
Schmidinger"

Schriftführerin

„Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Im Nachhange zu meiner Mitteilung über den Mandatsverzicht des Herrn Bundesrates Leopold Wally vom 10. Jänner 1978 beehre ich mich, Ihnen nun weiters mitzuteilen, daß mir auch der vom Landtag als Ersatzmann gewählte Herr Peter Köpf eröffnete, er sehe sich aus beruflichen Gründen außerstande, dieses Mandat anzunehmen.

Der Salzburger Landtag wird daher am Mittwoch, den 25. Jänner 1978, die erforderlichen Wahlen für ein neues Mitglied des Bundesrates und seinen Ersatzmann durchführen. Nach mir vorliegenden Informationen wird dabei die SPÖ-Landtagsfraktion folgende Vorschläge erstatten:

1. als Mitglied des Bundesrates:

SPÖ-Landesparteisekretär
Wolfgang Radlegger
geboren am 6. Mai 1947 in Grödig
wohnhaft 5082 Grödig, Oberfeldstraße 41
verheiratet, 2 Kinder"

„Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Der Salzburger Landtag hat in seiner heutigen Sitzung als Nachfolger des verstorbenen Bundesrates Leopold Wally

Herrn Wolfgang Radlegger
SPÖ-Landesparteisekretär
geboren am 6. Mai 1947 in Grödig
wohnhaft 5082 Grödig, Oberfeldstraße 41
verheiratet, 2 Kinder

als Mitglied des Bundesrates und Vertreter des Landes Salzburg im Bundesrat gewählt.

Zum Ersatzmann vom Bundesrat Radlegger wurde vom Salzburger Landtag in derselben Sitzung

Herr Helmuth Stocker
SPÖ-Gemeinderat der Landeshauptstadt
geboren am 10. Oktober 1938 in Salzburg
wohnhaft 5020 Salzburg,
Rudolf Bieblstraße 47
verheiratet, 1 Kind

gewählt.

Hievon beehre ich mich fernschriftlich voraus zur gefälligen Kenntnisnahme und mit dem höflichen Ersuchen um entsprechende weitere Veranlassung die Mitteilung zu machen.

Die schriftliche Bestätigung für die vorstehend bekanntgegebenen Wahlen durch den Salzburger Landtag erfolgt unter einem.

In vorzüglicher Hochachtung
Schmidinger
Präsident des Landtages"

Vorsitzender: Das neue Mitglied des Bundesrates ist im Hause anwesend. Ich werde daher sogleich seine Angelobung vornehmen.

Nach der Verlesung der Gelöbnisformel durch die Frau Schriftführer wird das neue Mitglied des Bundesrates die Angelobung mit den Worten „Ich gelobe" zu leisten haben.

Schriftführerin Ottilie Liebl verliest die Gelöbnisformel. – Bundesrat Wolfgang Radlegger leistet die Angelobung mit den Worten „Ich gelobe".

Vorsitzender: Ich begrüße das neugewählte Mitglied des Bundeslandes Salzburg hier im Hause. *(Allgemeiner Beifall.)*

Antrittsansprache

Vorsitzender **Medl:** Hohes Haus! Wenn mir heute die Ehre zuteil wird, als Vertreter des Bundeslandes Burgenland im Bundesrat den Vorsitz zu übernehmen, dann stelle ich vorerst meinen Dank an alle früheren Vorsitzenden für die Sachlichkeit und für die umsichtige Amtswaltung voran.

Zugleich aber möchte ich allen Damen und Herren des Hohen Hauses als die Entsandten und Vertreter ihrer Bundesländer meinen Gruß entbieten, gleichsam als meine persönliche Anerkennung und Wertschätzung für ihre politisch verantwortungsvolle Arbeit, die sie im Rahmen der parlamentarischen Tätigkeit für den gesamtstaatlichen Bestand vollziehen.

Meine Damen und Herren! Wenn mein unmittelbarer Vorgänger Herr Professor Dr. Skotton als Vorsitzender des Bundesrates am Ende seiner Amtsperiode in der Abschlußansprache äußerte: „Ich bin menschlich viel zu sehr enttäuscht über den Stil der Debatten, der sich trotz meiner Ermahnungen entwickelt hat, weil ich immer gehofft habe, daß der Bundesrat unter Umständen die letzte Brücke sein könnte, über die sich die beiden großen Parteien miteinander verständigen, nämlich dann, wenn man sich in allen anderen Gremien so auseinandergeredet hat, daß man nicht mehr miteinander reden kann," dann möchte ich am Beginn meiner Amtsperiode die Bitte an Sie richten, einen würdigen parlamentarischen Stil einzuhalten.

Aus dieser ehrlichen Bitte nun eventuell abzuleiten, daß den Mitgliedern des Hohen Hauses die freie Meinungsäußerung eingeschränkt werden sollte, wäre müßig und falsch. Gerade ich bin ein Verfechter der offenen Rede, da ich darin ein wichtiges parlamentarisches Anliegen erblicke, das der Demokratie unmittel-

Vorsitzender Medl

bar dient. Ich sagte bewußt „offene Rede", die aber stets sachlich bezogen und nie persönlich ausfällig sein darf. Denn jede Freiheit hat auch ihre Grenzen.

Hohes Haus! Ich bin mir daher bewußt, daß bei der Auswahl des Themas, was die Aktualität im Wechsel um die Vorsitzführung betrifft, natürlich solche Problemkreise normal den Vorrang haben, die der Vorstellung des eigenen Bundeslandes dienen.

Ich möchte aber heute bewußt ein Thema in den Raum stellen, das der Länderforderungen, für die bisher noch keine akzeptablen Lösungen gefunden werden konnten. Denn, meine Damen und Herren, ein Problem nur deshalb nicht aufzuzeigen, weil man damit keine Lorbeeren ernten kann, wäre genauso verfehlt, als es totzuschweigen. Nur die echte und freimütige Diskussion, das Beleuchten des Problemkreises von allen Seiten, auch im Abwägen um die politischen Folgen, die sich daraus ergeben könnten, und das ehrliche Bemühen, eine annehmbare Lösung für alle herbeizuführen, kann uns bewegen, dem gemeinsamen Ziel, dem Wohl unseres Vaterlandes, näherzukommen.

Und nun möchte ich Ihnen in dieser Sache meinen eigenen, zugegeben etwas eigenwilligen Standpunkt unterbreiten.

Ich gehöre, meine sehr geehrten Damen und Herren, bereits der reiferen Generation an, die in der Jugend verhalten war, eine Welt mitzuzerstören, die wir hernach mit Unterstützung aller und unter den schwierigsten Verhältnissen wieder aufbauen mußten. Und ich glaube für uns alle sagen zu dürfen, wir hatten Gott sei Dank bei diesem Aufbau Erfolg, sowohl was die Behebung der Kriegsschäden als auch den Aufbau der Demokratie selbst betraf. Ich befinde mich überdies in bester Gesellschaft eines Personenkreises, wenn ich zudem erkläre, daß wir Älteren aus den bitteren Erlebnissen der Vor-, Kriegs- und Nachkriegszeit – deren Erfahrung wir der Jugend voraus haben – Erkenntnisse zogen, und wir alle vom Herzen wünschen, daß nie mehr ein Tag kommen möge, an dem wir nicht mehr zueinander finden, und daß wir nie vergessen sollten, daß uns nichts mehr schadet als Uneinigkeit. Unser Vaterland steht auf den sicheren Pfeilern der demokratischen parlamentarischen Auseinandersetzung.

Wenn ich zur Einigkeit mahne, dann läßt mich nur das Wissen um die Gefahr solche Worte finden und das Wissen um die Tatsache, daß jeder kleine Sprung sich zu einem großen, oft nicht mehr reparierbaren Riß ausweiten kann. Deshalb darf sinnvoll Aufgebautes nicht zerstört oder dem Prestigedenken und der selbstgefälligen Eitelkeit einzelner geopfert werden.

Sosehr ich die Bereinigung der Kompetenzen und die Übertragung von solchen an die Länder begrüße, weil damit auch die Verantwortung derselben wächst, darf an den Fundamenten der bundesstaatlichen Einheit nicht gerüttelt werden. Für mich stellt sich die Frage so: Sinnvoller Föderalismus ja, aber ohne Gefährdung der Gesamtstaatlichkeit. Wenn wir schon in wirtschaftlicher Hinsicht einen gesamtstaatlichen Aufbau benötigen, um Schäden hintanzuhalten, wie sollte es dann politisch anders sein?

Denn es gab einmal eine Zeit, und zwar nach dem Ersten Weltkrieg, in der die einzelnen Landesregierungen auf Grund der ihnen zugestandenen Kompetenzen und aus der Situation der jeweiligen Finanzlage die öffentlich Bediensteten für ein- und dieselbe Leistung bei gleichem Berufsstand verschiedentlich honorierten, die länderweise um 50, ja 100 Prozent differierten. Und es gab eine Zeit ohne bundesstaatlichen Finanzausgleich in der heutigen Form, sehr zum Leidwesen der finanzschwächeren Bundesländer.

Heute haben wir die bundesstaatliche Gleichstellung bei allen öffentlich Bediensteten und einen ausgewogenen Finanzausgleich. Wir haben damit den Frieden und die Einheit in unserem Lande hergestellt, die uns vor innerstaatlichen Erschütterungen und Krisen bewahren.

Das Burgenland, meine Damen und Herren, ist durch den unendlichen Fleiß seiner Bewohner und der bundesstaatlichen Hilfe vom armen ungarischen Reichslehen zum gleichberechtigten Partner der anderen Bundesländer aufgestiegen und möchte keineswegs durch Wegfall der Solidarität der Länder und des Bundes wieder zum Armenwinkel Österreichs zurückgestoßen werden.

Und das ist es, was ich zuvor meinte mit: Sinnvoller Föderalismus ja, aber kein Partikularismus auf Kosten der bundesstaatlichen Einheit. Damit ergibt sich zwangsläufig die Frage: Wo können Länderforderungen anfangen und wo hören sie auf? Wäre es daher nicht vorteilhafter, sich einmal mit all diesen Fragen fachlich und sachlich in jenen Gremien zu befassen, die zuständig sind, gemeinsame Lösungsvorschläge zu bringen?

Hohes Haus! Anläßlich meiner Berufung zum Vorsitzenden des Bundesrates hatte ich die Ehre, mich beim Herrn Bundespräsidenten vorzustellen. Bei der gleichzeitig durchgeführten Ordensverleihung an Bundesratsmitglieder konnte ich als Ohrenzeuge von berufenster Stelle, also vom ersten Mann im Staate, sinngemäß folgende Erklärung mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen:

Vorsitzender Medl

„Es gibt wohl kaum eine Volksvertretung, in welcher die wichtige parlamentarische Arbeit im wahrsten Sinne des Wortes so unbedankt bleibt, wie gerade im Bundesrat."

Diese Feststellung sollte gerade deshalb, weil unser Wirken unbedankt ist, Ansporn und Verpflichtung sein, unsere Tätigkeit ganz in den Dienst des Volkes zu stellen und auch weiterhin diese Arbeit so wie bisher zu verrichten, ohne auf Anerkennung zu warten.

Wenn es mir, meine Damen und Herren, auf Grund meiner Ausführungen gelänge, zwischen den Fraktionen eine parlamentarisch tragfähige Brücke errichten zu können, dann wäre dies die Erfüllung eines Wunsches, der mir besonders am Herzen liegt, und für mich persönlich auch zugleich der größte politische Erfolg. Ich danke. *(Allgemeiner Beifall.)*

Ich begrüße die im Hause anwesende Frau Bundesminister Dr. Hertha Firnberg. *(Allgemeiner Beifall.)*

Einlauf und Behandlung der Tagesordnung

Vorsitzender: Eingelangt sind Schreiben des Bundeskanzlers betreffend Ministervertretungen.

Ich ersuche die Frau Schriftführer um Verlesung dieser Schreiben.

Schriftführerin Ottilie **Liebl:**

„An den Vorsitzenden des Bundesrates

Der Herr Bundespräsident hat am 13. Jänner 1978, Zl. 1001-16/23, folgende Entschließung gefaßt:

Auf Vorschlag des Bundeskanzlers betraue ich für die Dauer der Verhinderung des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Willibald Pahr innerhalb des Zeitraumes vom 24. Jänner bis 26. Jänner 1978 den Bundesminister für Justiz Dr. Christian Broda mit der Vertretung.

Hievon beehre ich mich, mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnisnahme Mitteilung zu machen.

Kreisky"

„An den Vorsitzenden des Bundesrates

Der Herr Bundespräsident hat am 29. Jänner 1978, Zl. 1001-17/15, folgende Entschließung gefaßt:

Auf Vorschlag des Bundeskanzlers betraue ich für die Dauer der Verhinderung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Günther Haiden innerhalb des Zeitraumes vom 26. Jänner bis 29. Jänner 1978 den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Josef Staribacher mit der Vertretung.

Hievon beehre ich mich, mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnisnahme Mitteilung zu machen.

Kreisky"

Vorsitzender: Dient zur Kenntnis.

Eingelangt ist weiters eine Anfragebeantwortung, die dem Anfragesteller übermittelt wurde.

Die Anfragebeantwortung wurde vervielfältigt und auch an alle übrigen Mitglieder des Bundesrates verteilt.

Eingelangt sind auch jene Beschlüsse des Nationalrates, die Gegenstand der heutigen Tagesordnung sind.

Ich habe diese Vorlagen den in Betracht kommenden Ausschüssen zur Vorberatung zugewiesen. Die Ausschüsse haben die Beschlüsse des Nationalrates einer Vorberatung unterzogen. Die diesbezüglichen schriftlichen Ausschußberichte liegen vor.

Ich habe daher die eingelangten Beschlüsse des Nationalrates sowie Ausschußergänzungswahlen auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gestellt.

Erhebt sich gegen die Tagesordnung ein Einwand? – Es ist dies nicht der Fall.

1. Punkt: Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 18. Jänner 1978 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Förderung staatsbürgerlicher Bildungsarbeit im Bereich der politischen Parteien sowie der Publizistik geändert wird (1785 der Beilagen)

Vorsitzender: Wir gehen nunmehr in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Änderung des Bundesgesetzes über die Förderung staatsbürgerlicher Bildungsarbeit im Bereich der politischen Parteien sowie der Publizistik.

Berichterstatter ist Frau Bundesrat Rosa Heinz. Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatterin Rosa **Heinz:** Hohes Haus! Nach § 2 Abs. 3 des Bundesgesetzes über die Förderung staatsbürgerlicher Bildungsarbeit im Bereich der politischen Parteien sowie der Publizistik dürfen die durch Bundesmittel geförderten Rechtsträger der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit der politischen Parteien jeweils

Rosa Heinz

nur 5 v. H. der jährlich ausgezahlten Förderungsmittel für unbewegliches Vermögen aufwenden. Die sich aus dieser Formel ergebenden Beträge reichen zwar sicherlich aus, um die Gebäude der politischen Bildungseinrichtungen instand zu halten, genügen jedoch nicht für die Zeit der Schaffung und Errichtung solcher Gebäude. Zufolge der Übergangsbestimmung des § 12 Abs. 2 des erwähnten Bundesgesetzes können daher die Träger der politischen Bildungsarbeit in den ersten fünf Jahren ihres Bestehens bis zu 50 Prozent der Förderungsmittel für Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten aufwenden. Da noch nicht alle Träger der politischen Bildungsarbeit ihre Bauvorhaben im Sinne dieser Übergangsbestimmung abgeschlossen haben, soll mit dem vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates eine Verlängerung des derzeit bis 1977 befristeten zeitlichen Geltungsbereiches des § 12 Abs. 2 des Stammgesetzes um ein Jahr vorgenommen werden.

Der Rechtsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 24. Jänner 1978 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Rechtsausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 18. Jänner 1978 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Förderung staatsbürgerlicher Bildungsarbeit im Bereich der politischen Parteien sowie der Publizistik geändert wird, wird kein Einspruch erhoben.

Vorsitzender: Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Hofmann-Wellenhof. Ich erteile dieses.

Bundesrat **Hofmann-Wellenhof** (ÖVP): Herr Vorsitzender! Frau Minister! Herr Staatssekretär! Meine Damen und Herren! Die Behandlung des vorliegenden Gesetzesbeschlusses war ursprünglich für die letzte Sitzung vor Weihnachten vorgesehen – ich glaube, es war der 22. Punkt –, bereits damals war ich zu Wort gemeldet, doch wurde dieser damals als einziger Punkt der Tagesordnung zurückgestellt. Allerdings muß ich sagen: Heute wie damals war ich innerlich der Überzeugung, wirklich streng zur Materie eigentlich nichts sagen zu können – mit welcher Bemerkung ich jedoch keinen eventuell noch nach mir folgenden Rednern den Elan nehmen möchte.

Ich wollte damals vor Weihnachten nur sozusagen einen Wunschzettel hier hinterlegen, ganz schlicht mit der Anregung, es möge wirklich dann in der Praxis diesem Gesetzesbeschluß entsprochen werden, der heißt: Förderung staatsbürgerlicher Bildungsarbeit im Bereich der politischen Parteien sowie der Publizistik. Staatsbürgerlicher Bildungsarbeit! Nicht eingeengt auf parteipolitische Arbeit, schon gar nicht in der Publizistik. Auch hier sollte der Ton auf staatsbürgerlicher Erziehungsarbeit der Publizistik liegen und nicht – wenn ich mich so leger ausdrücken darf – auf einen vermehrten Ausstoß von Gags, um dieses besonders „hübsche" Wort zu gebrauchen.

Nun besteht gewiß kein unbedingter Gegensatz zwischen „staatspolitisch" und „parteipolitisch". Es kann ja sehr wohl etwas parteipolitisch Wertvolles auch staatspolitisch wertvoll sein, wie es ja in Parallele ein Unfug ist – im Volksmund sehr beliebt –, anzunehmen, daß Fachmann und Politiker Gegensätze sein müßten. Es gibt doch auch Politiker, die wirklich als Fachmänner – und Fachfrauen, ich bitte um Entschuldigung, Frau Minister, aber der Ausdruck ist sprachlich noch nicht gebräuchlich, selbstverständlich gilt das auch für die Damen – bewährt sind.

Damit käme ich eigentlich schon zu jenem Wort, das mich, wenn ich es von Rednern höre, bei zahllosen Sitzungen und Tagungen immer mit froher Zuversicht erfüllt, und dieses Wort heißt: „abschließend".

Aber ich möchte doch nicht Schluß machen mit dieser Rede, weil ich zurückkommen will auf das, was auch der Herr Vorsitzende zu Beginn seiner Rede erwähnte; sein Vorgänger Dr. Skotton sprach darüber am Ende der Weihnachtssitzung ebenfalls zu uns. Ich bitte Sie im Hinblick auf die Kürze meiner Ausführung um die Bewilligung, ganz wenig hier vom Thema abschweifen zu dürfen.

Auch Dr. Skottons Rede war letzten Endes auf diesen Nenner zurückzuführen: staatspolitisch – parteipolitisch. Ja, er überhöhte da sozusagen in das Menschliche. Er sprach mit echter innerer Anteilnahme, damit berührte er einen. Ich vermeide das Wort „Emotion", weil sich merkwürdigerweise ja herausgestellt hat, daß man einem Redner besonderen Schimpf antut, wenn man sagt, er spreche emotionell. Die Redner, die emotionell sprechen, entschuldigen sich nachträglich für ihr Gefühl, ihre Emotion. Eine merkwürdige Erscheinung, wenn Sie mir die Nebenbemerkung gestatten. Mir ist aber noch kaum untergekommen, daß sich ein sogenannter intellektueller Redner für seinen, wenn auch manchmal nur vermeintlichen Intellekt entschuldigt hätte. Eine Anregung, die vielleicht auch beherzigenswert wäre.

Hofmann-Wellenhof

Aber nun: Herr Dr. Skotton vergaß bei seiner allgemeinen Betrachtung, an uns alle gerichtet, sicher nicht bösartig, aber eben durch die Größe des Themas verführt, einen Einzelfall, wenn ich mich so ausdrücken darf, einen Einzelmenschen.

Sie wissen, es ist Usus bei allen österreichischen Parteien, daß immer wieder betont wird, im Mittelpunkt stehe der Mensch. Ich denke hier nicht an das boshafte Nestroy-Wort, der unvergleichlich prägnant sagte: Wir alle reden nur so viel vom Nebenmenschen, weil sich jeder selbst für den Hauptmenschen hält. Das soll hier nicht gelten. Hier soll aber eben auf einen Einzelmenschen, also in diesem Fall den Hauptmenschen hingewiesen sein. Und das ist unser mit 31. Dezember des vorigen Jahres ausgeschiedener lieber Kollege Dr. Josef Reichl, ich betone: mit Berufstitel Oberstudienrat.

Ich betone vielleicht den Namen „Josef" hier, weil das bei uns in den schlichteren steirischen Gauen im Gegensatz zum hier protokollarisch belasteten Rahmen ja nicht üblich ist, dort heißt er, glaube ich, Sepp, sogar bis ins Offizielle hinein, auch als Schriftsteller. Ich kenne von ihm eine bemerkenswerte Buchveröffentlichung aus dem Jahre 1973: „Hammer-Purgstall: Auf den Spuren eines Orientforschers", und als Verfasser steht darüber: Sepp Reichl; nicht Oberstudienrat, nicht Josef und nicht Doktor, sondern Sepp Reichl.

Er war der Dienstälteste hier, und zwar ist Dr. Josef Reichl bereits vor fast 25 Jahren in den Bundesrat gekommen. Seit 1953, seit April 1953 gehörte er dem Hohen Hause an. Sie alle kennen das innerparteiliche Wesen und Sie werden mir recht geben und werden es nicht zynisch finden, wenn ich jetzt sage: Eine 25jährige Tätigkeit als Abgeordneter in einer parlamentarischen Körperschaft ist nicht so sehr deswegen bemerkenswert und rühmenswert, weil unser lieber Kollege 25 Jahre lang dem Druck der Gegner standhielt, es ist viel erstaunlicher, wenn man 25 Jahre lang die Liebe der Parteifreunde wirkungsvoll überstehen kann. Also auch das war unserem Freund Sepp Reichl gegeben.

Er wurde am 22. März 1913 in Rudersdorf bei Fürstenfeld geboren, der Fürstenfelder Bezirk war sein Lebensraum, sein eigentlicher, wirklicher Heimatraum, dort ist er verwurzelt. Alles kennt ihn, alles schätzt ihn als einen liebenswürdigen konzilianten Menschen. Er könnte also jetzt bald seinen 65. Geburtstag feiern und dann etwas später das 25jährige Bundesratsjubiläum. Die Würde des dienstältesten Bundesratsmitgliedes ging inzwischen auf Herrn Bundesrat Schreiner über, der seit 1956 als Mitglied dieses Hauses in unserer Mitte weilt.

Zurück zum Beginn: staatspolitisch – parteipolitisch. Josef Reichl, Sepp Reichl, gestatten Sie mir, er ist ja schon ausgeschieden, wußte beides zu verbinden. Seine hohe Geistesbildung klang aus seinen Reden, seine, ich möchte sagen, stille Herzensbildung trug er in seinem Wesen zur Schau. In den ganzen 25 Jahren – ich bin mit ihm zusammen fast 21 Jahre hier im Hause gewesen – habe ich eigentlich nie von ihm irgendeine Art verletzenden Zwischenruf oder verletzenden Ausfall gegen einen seiner Kollegen gehört. Ich möchte sagen, daß seine Reden stets der Sache dienten. Sie waren stets von ihm gehalten, um der Sache zu dienen, nicht aber um einer Person zu schaden. Und auch dafür verdient er unsere freundliche Dankbarkeit.

Ich weiß nicht, ob das nur in der Steiermark üblich ist, wahrscheinlich nicht, vor allem aber ist es unter älteren Menschen üblich, daß man einander bei einem Abschied oder zum Jahreswechsel als Wunsch ein ganz schlichtes „G'sundbleiben" zuruft.

Nun schied unser Freund ja nicht zuletzt aus Gründen der Gesundheit aus diesem Hause, ich kann ihm also nicht als Abschiedsgruß „G'sundbleiben" zurufen, aber wohl gesund werden. Gesund werden, lieber Sepp, und dann lang, lang bleiben. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Allgemeiner Beifall.)*

Vorsitzender: Zum Wort gemeldet hat sich weiters Herr Bundesrat Pumpernig. Ich erteile dieses.

Bundesrat **Pumpernig** (ÖVP): Herr Vorsitzender! Frau Bundesminister! Herr Staatssekretär! Meine Damen und Herren! Nachdem Freund Hofmann-Wellenhof liebenswürdigerweise unseres ausgeschiedenen Freundes aus der Steiermark, Bundesrat Dr. Josef Reichl, gedacht hat und, ich glaube, durch die Art seiner Ausführungen auch den Intentionen unseres Herrn Vorsitzenden entsprochen hat, darf ich mich kurz, ich betone ausdrücklich: kurz, mit der gegenständlichen Gesetzesvorlage befassen.

Meine Damen und Herren! Mit der Verabschiedung des Bundesgesetzes über die Förderung staatsbürgerlicher Bildungsarbeit im Bereich der politischen Parteien sowie der Publizistik am 9. Juli 1972 wurde die Basis für den Aufbau der Politischen Akademien der im Nationalrat vertretenen politischen Parteien geschaffen.

Diese Politischen Akademien sollen das Ziel verfolgen, die staatsbürgerliche Bildung im Sinne der Grundsätze der Bundesverfassung, die politische und kulturelle Bildung sowie die Einsicht in politische, ökonomische, rechtliche und gesellschaftliche Zusammenhänge auf innerstaatlicher und internationaler Ebene

Pumpernig

unmittelbar und in gemeinnütziger Weise durch Schulungen, Seminare, Enqueten, Vorträge und Arbeitsgruppen, Fernkurse, Stipendien, Publikationen und ähnliches zu fördern.

Die „Neue Zürcher Zeitung" hat in ihrer Ausgabe vom 4. Jänner 1976 im Zusammenhang mit dem Problem der Bildungsforschung unter anderem folgendes festgestellt – ich zitiere –: „Im Augenblick ist die ganze Welt der Reformen müde, die Menschen sind durch die Vielfalt und die Vielschichtigkeit der Probleme des modernen Lebens überfordert. Die Politikwissenschaft beginnt sich mit dem Problem der Unregierbarkeit moderner Gesellschaften zu beschäftigen. Diese Unregierbarkeit wird verstärkt, wenn das Bildungswesen modernen Anforderungen nicht genügt."

Meine Damen und Herren! Die Nostalgiewelle mit der Sehnsucht nach der Vergangenheit, nach der angeblich heilen Welt und dem einfachen Leben ist verständlich, aber sie löst nicht unsere Probleme. Wer die historische Überlieferung ernst nimmt, muß die Veränderung unseres Bildungswesens wollen.

Aber Veränderungen machen Wissen nötig, weil die schlichte Anleitung durch die Überlieferung einfach nicht mehr genügt. Daher bedürfen wir der Bildungsforschung, die den veränderten Ausbildungsgängen im Bildungswesen parallel geht.

Bildungsreform ist erforderlich für den Bestand von Demokratie in einer pluralistischen Gesellschaft. Sie ist notwendig für das Funktionieren einer freien Wirtschaft und sie ist unvermeidlich, um die Qualität menschlicher Existenz in einer immer komplexer werdenden Gesellschaft möglich zu machen.

Zu ihrer Durchführung ist viel Geduld nötig, und es bedarf insbesondere der entsprechenden Ausbildung von Lehrkräften. Dies deshalb, weil gerade der Lehrer befähigt und prädestiniert ist, nicht nur als Funktionär und Mandatar in seiner politischen Partei, sondern eben als Lehrkraft bei der heranwachsenden Jugend, die staatsbürgerliche Bildung entsprechend zu fördern.

Wenn das gegenständliche Gesetz die Förderung der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit im Bereich der politischen Parteien behandelt und eine entsprechende finanzielle Förderung regelt, so bin ich darüber hinaus der Auffassung, daß gerade der Lehrer eine Schlüsselfigur in der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit ist.

Es gilt nicht nur der simplifizierende Satz: Gegen die Lehrer ist eine staatsbürgerliche Bildungsarbeit auf breitester Basis nicht möglich. Das wäre nur die halbe Wahrheit. Die andere Hälfte lautet: Nur wenn die Lehrer von der Notwendigkeit und Richtigkeit einer solchen Bildungsarbeit überzeugt sind, nur wenn sie sich intellektuell und emotionell damit identifizieren können und gründlich darauf vorbereitet werden, kann eine solch eminent notwendige, wichtige und nicht zuletzt eine Demokratie erhaltende Bildungsarbeit bei unserer Jugend gelingen.

Meine Damen und Herren! Auf Grund des Bundesgesetzes vom Jahre 1972 wurde von seiten der Sozialistischen Partei das Dr. Karl-Renner-Institut gegründet, das in Ergänzung zur bisherigen bereits aktiv durchgeführten Bildungsarbeit der sozialistischen Bildungszentrale auch eine Verknüpfung von Lehre und Forschung im Bereich der politischen Bildung anstrebt.

Die Koordinierung zwischen den Arbeiten der sozialistischen Bildungszentrale und dem Karl-Renner-Institut erfolgt so, daß die Seminare der sozialistischen Bildungszentrale in einem gemeinsamen Programm mit dem Renner-Institut durchgeführt werden. Ein Schwerpunkt der Arbeiten des Renner-Institutes ist neben der Schulungsarbeit auch eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit.

Ebenfalls basierend auf diesem Bundesgesetz wurde im Jahre 1972 die Vereinigung für politische Bildung in der ÖVP gegründet, die wiederum die „Politische Akademie der ÖVP" schuf. Diese nahm ihre Arbeit am 1. Jänner 1973 auf.

Die Schwerpunkte ihrer Schulungsarbeit zielen – unterschiedlich zu jener des Renner-Instituts – stärker in den Bereich der Schulungsarbeit, weniger aber in den Sektor der Öffentlichkeitsarbeit. Die „Politische Akademie der ÖVP" versteht sich als Zentrum der Auseinandersetzung um die grundsätzlichen Fragen und die Politik in der ÖVP. Mit der Errichtung eines modernen Bildungszentrums mit Internatsbau konnte die Politische Akademie zur Erfüllung ihrer Zielsetzungen und zur Durchführung ihrer nach einem Baukastensystem konzipierten Schulung eine entsprechende gesamtösterreichische Bildungsstätte im XII. Wiener Gemeindebezirk erhalten.

Auch die Freiheitliche Partei hat in Baden bei Wien ein Bildungshaus installiert. Zielsetzung des freiheitlichen Bildungswerkes ist es, Politiker als Persönlichkeiten zu bilden. Ob dieses Ziel auch tatsächlich erreicht wird, wage ich nicht zu beurteilen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß sich die Politischen Akademien vor allem der Funktionärsausbildung widmen, in steigendem Maße aber auch offene Kurse für Sympathisanten betreiben. Der Forschungsbereich steht

Pumpernig

gegenüber dem unmittelbaren Schulungssektor allerdings weit im Hintergrund. Dies dürfte auch damit zusammenhängen, daß zumindest in der Vergangenheit der Bedarf an Schulungen höher als das Angebot war.

Meine Damen und Herren! Ich möchte meine Ausführungen mit einer Empfehlung beenden: Die drei von mir genannten politischen Parteien wären gut beraten, würden sie künftighin die Übernahme eines politischen Mandats von der Absolvierung entsprechender Kurse an ihren Politischen Akademien abhängig machen.

Denn ich darf doch annehmen, daß an diesen Politischen Akademien nicht nur einseitige Parteipolitik mit Diskriminierung der politisch Andersdenkenden betrieben, sondern im Sinne des gegenständlichen Gesetzes staatsbürgerliche Bildungsarbeit geleistet wird.

Dies aber könnte zur Versachlichung der Politik und damit zur Hebung des Ansehens der politischen Parteien und der Politiker beitragen und vielleicht verhindern, daß man in dem politisch Andersdenkenden nur mehr den politischen Gegner sieht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wünscht noch jemand das Wort? – Es ist dies nicht der Fall. Die Debatte ist geschlossen.

Wird vom Berichterstatter ein Schlußwort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung beschließt der Bundesrat, gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

2. Punkt: Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 18. Jänner 1978 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über technische Studienrichtungen geändert wird (1786 der Beilagen)

Vorsitzender: Wir gelangen zum 2. Punkt der Tagesordnung: Änderung des Bundesgesetzes über technische Studienrichtungen.

Berichterstatter ist Herr Bundesrat Mayer. Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatter **Mayer:** Hoher Bundesrat! Durch den vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates sollen die Studienziele der technischen Studienrichtungen näher definiert werden. Weiters soll das bisherige Kurzstudium der Rechentechnik in ein neues fünfsemestriges Studium der Datentechnik umgestaltet werden. Ferner sollen durch den gegenständlichen Gesetzesbeschluß des Nationalrates auch einige Bestimmungen der alten Studienordnung abgeändert beziehungsweise aufgehoben werden, um Benachteiligungen für jene Studierenden zu vermeiden, für die noch die alten Studienvorschriften gelten.

Der Unterrichtsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 24. Jänner 1978 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Unterrichtsausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 18. Jänner 1978 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über technische Studienrichtungen geändert wird, wird kein Einspruch erhoben.

Vorsitzender: Wir gehen in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesrat Dipl.-Ing. Berl. Ich erteile ihm dieses.

Bundesrat Dipl.-Ing. **Berl** (ÖVP): Herr Vorsitzender! Frau Bundesminister! Hoher Bundesrat! Wir haben uns heute mit einer Gesetzesvorlage zu befassen, die Änderungen in einem Teilgebiet im Studium der Technik mit sich bringt.

Welchen Zweck hat eigentlich ein Studium?: Es ist eine Ausbildung auf wissenschaftlicher Grundlage, um einen Beruf ausüben zu können. Es soll den Absolventen befähigen, selbständig zu arbeiten, zweckmäßige Lösungen vorzubringen, schöpferisch zu arbeiten. Er soll die Fähigkeit haben, Beurteilungen über Gebiete abzugeben, Entscheidungen zu treffen, und insbesondere – das ist auch in diesem Gesetz eigens betont – ist der Zweck eine Ausbildung zur Zusammenarbeit.

Nun hat es in der letzten Zeit bei der Forschung eine derartige Erweiterung der Wissensgebiete gegeben, daß eine enorme Anzahl von neuen Unterrichtsfächern erforderlich wurde. Insbesondere die Technik war an der Ausweitung dieser Themen sehr stark beteiligt.

Wie kann man, um das Studium nicht unerquicklich lang zu machen, diese Sache ändern?: Indem man eine Aufteilung auf Studienrichtungen vornimmt. Die Studien sollen sich im großen und ganzen in eine allgemeine wissenschaftliche Ausbildung und – im zweiten Teil mehr oder minder – in eine Spezialisierung gliedern.

Die Möglichkeiten eines Absolventen sollen darin bestehen, daß er sich der Entwicklung der Wissenschaften widmen kann, daß der Nach-

Dipl.-Ing. Berl

wuchs für eine selbständige Forschung herangebildet werden kann und der Absolvent immer die Aufgaben der Wissenschaft weiter fortführen kann.

Ich habe schon erwähnt, daß die Grundlagen bei den Ausrichtungen, welcher Art sie auch sind, nach wie vor im Vordergrund stehen. Eine wesentliche Neuerung ist vielleicht insofern gegeben, als die Anpassung an die Praxis heute mehr im Vordergrund steht, als es bisher in den Studienrichtungen der Fall war.

Die Reduzierung in einzelnen Gegenständen ist teilweise ebenfalls erforderlich, weil sie heute nicht mehr so gefragt sind wie früher.

In seinem Teilgebiet soll der Studierende den letzten Stand des Wissens und besonders intensive Kenntnisse auf diesem Gebiet erreichen.

Zur Anpassung wäre vielleicht, da hier heute insbesondere das Bauingenieurwesen vorliegt, zu sagen, daß gewisse Verbesserungen insofern eintreten, als eine Schwerpunktbildung entsteht. So sind zum Beispiel bei Wasserwirtschaft und Wasserbau – eines der Kapitel, die heute etwas geändert werden – die Prüfungsfächer geändert worden. Obwohl das der Schwerpunkt war, war Wasserwirtschaft und Wasserbau in einem Prüfungsfach zusammengefaßt. Es kommt jetzt dazu, daß es eine Trennung der beiden gibt, während es in der Studienrichtung Baubetrieb und Bauwirtschaft, wo es keinen Schwerpunkt gibt, bei diesen beiden Fächern früher Einzelprüfungen gab, werden sie jetzt zusammengefaßt.

Auf Grund des Vorschlages der Hochschülerschaft an der Technischen Universität Wien ist es auch zu einem Wegfall von Prüfungsfächern gekommen, und zwar sind das beim Bauingenieurwesen Allgemeine Maschinenkunde, Enzyklopädie der Technischen Chemie und Enzyklopädie der Elektrotechnik.

Zur Allgemeinen Maschinenkunde wäre folgendes zu sagen: Das wird in mehreren anderen Fächern teilweise gelesen, und es käme zu einer Doppelgleisigkeit. Somit könnte es ausfallen.

Zur Energie der Chemie beziehungsweise Elektrotechnik: Es werden Wahlfächer für die, die sich auf dieses Gebiet spezialisieren wollen, zu Pflichtfächern. Außerdem wäre noch darauf hinzuweisen, daß es heute nicht mehr an allen Technischen Universitäten gelesen wird.

Ein weiteres Thema der Vorlage ist die Diplomarbeit. Die Themen für diese Diplomarbeit sind derartig unterschiedlich, daß es an und für sich keine generellen Richtlinien geben kann. Das hat es bisher nicht gegeben und ist auch jetzt nicht leicht möglich. Ein Grundsatz ist gegeben: Das Thema der Diplomarbeit kann erst nach vollkommener Ablegung der ersten Diplomprüfung abgegeben werden.

Es ist auch ein Austausch von Fächern vorgesehen worden, und zwar können sowohl Diplomprüfungsfächer als auch Vorprüfungsfächer – höchstens im Ausmaß der Hälfte des Prüfungsstoffes – getauscht werden, aber nur dann, wenn es der wissenschaftlichen Berufsausbildung dient und sinnvoll erscheint.

Eine Studienrichtung, eine Berufsrichtung, die in der Zukunft eine enorme Bedeutung haben wird – sie hat sie aber bereits heute erreicht –, ist die Elektronische Datenverarbeitung. Bisher gab es ein Spezialstudium dahin gehend, daß die Angelegenheit durch den Versuch des Kurzstudiums der Rechentechnik gelöst werden sollte. Es hat sich aber gezeigt, daß es heute mit einer technisch-mathematischen Ausbildung, wie sie die Rechentechnik mit sich bringt, nicht mehr getan ist. Im Zuge des Begutachtungsverfahrens hat man nicht nur rechtliche Bedenken erhoben, sondern auch den Wunsch nach größerer Gestaltungsmöglichkeit ausgesprochen.

Das Ergebnis der Beratungen zwischen den durchführenden Universitäten und dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung war, daß man auch diesen Zweig auf das betriebswirtschaftliche und verwaltungstechnische Gebiet erweitert. Diese Kenntnisse sind insbesondere deswegen erforderlich, da die heutige EDV nicht nur zahlenmäßige Beurteilungen bringt, sondern auch in ganz andere Gebiete eingedrungen ist.

Es hat sich leider keine Möglichkeit ergeben, das Studium wie bisher innerhalb von vier Semestern zu absolvieren, da es ja doch eine Bereicherung des Studienplanes mit sich bringt. Es ist erforderlich geworden, dieses Kurzstudium auf fünf Semester zu erweitern.

Verfahren der nicht numerischen Datenverarbeitung wurden einbezogen, da sie immer mehr Bedeutung erreichen.

Eine umfassende EDV-Ausbildung ist heute sowohl auf wirtschaftlichem als auch auf mathematischem Gebiet nötig. Der Absolvent dieser heutigen Studienrichtung „Datentechnik" hat die Möglichkeit, die Berufsbezeichnung „geprüfter Datentechniker" zu führen.

Eine weitere Schwerpunktmöglichkeit ist durch die Flexibilität der gegebenen Studienfächer ebenfalls geöffnet, und der Betreffende kann sich durch Auswahl von Lehrveranstaltungen neben den Pflichtfächern auch speziellen Gebieten zuwenden.

An und für sich ist es bei der Technik

Dipl.-Ing. Berl

allerdings jetzt gewünscht, zumindest wird es angestrebt, die bisher zehnsemestrige Ausbildung auf acht Semester zu reduzieren.

Die Prüfungsfächer für die Diplomprüfung der Datentechnik sind folgende: Grundzüge der Informatik, Datenverarbeitungsorganisation, Mathematische Grundlagen der Datentechnik, Wirtschaftswissenschaftliche Grundlagen der Datentechnik und – neu – nach Wahl des Kanditaten ein Anwendungsfach in der Datenverarbeitung.

Falls diese Diplomprüfung als kommissionelle Gesamtprüfung abgewickelt wird, ist im Fach Mathematische Grundlagen- und Datentechnik eine schriftliche Arbeit zusätzlich zur mündlichen zu machen. Alle anderen Prüfungsfächer sind mündlich.

Um gewisse Schwierigkeiten beim Übergang von einer Art auf die andere zu vermeiden, sind Übergangsvorschriften erlassen worden. Entweder der Betreffende beendet das Studium der Rechentechnik zur Gänze oder er wechselt auf Datentechnik über. Hiebei werden die bereits zurückgelegten Semester, die abgelegten Prüfungen voll angerechnet. Für Studierende, die nicht in die neuen Studienvorschriften übertreten, oder dort, wo kein Studienplan erlassen wurde, gelten die alten Vorschriften.

Um auch da eine eventuelle Schlechterstellung der Studierenden zu verhindern, sind auch hiefür Übergangsbestimmungen erlassen worden.

Da der vorliegende Gesetzesbeschluß den Anforderungen der Zeit entspricht, erhebt unsere Fraktion dagegen keinen Einspruch. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wünscht noch jemand das Wort? – Dies ist nicht der Fall.

Die Debatte ist geschlossen. Wird vom Berichterstatter ein Schlußwort gewünscht? – Dies ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung beschließt der Bundesrat, gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

3. Punkt: Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 18. Jänner 1978 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Kunsthochschul-Organisationsgesetz geändert wird (1787 der Beilagen)

Vorsitzender: Wir gelangen nun zum 3. Punkt der Tagesordnung: Änderung des Kunsthochschul-Organisationsgesetzes.

Berichterstatter ist Herr Bundesrat Dr. Lichal.

Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatter Dr. **Lichal:** Hoher Bundesrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates wird zum Ausdruck gebracht, daß Kunsthochschulen und Universitäten gleichrangige Einrichtungen des Bundes sind. Im Hinblick darauf sieht der Gesetzesbeschluß des Nationalrates eine Angleichung der Bestimmungen des Kunsthochschul-Organisationsgesetzes an das Universitäts-Organisationsgesetz vor. Diesem Ziel dienen die Neuregelung

der Rechtsnatur der Kunsthochschulen,

der Rechts- und Geschäftsfähigkeit der Hochschulen, ihrer Abteilungen und Insitute,

der Ausschreibungsmodalitäten für vakante Dienstposten,

des Berufungsverfahrens der Hochschulprofessoren,

der Ausführung von Aufträgen Dritter durch Hochschulinstitute und

der Bibliotheksorganisation.

Der Unterrichtsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 24. Jänner 1978 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Im Namen des Unterrichtsausschusses stelle ich somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 18. Jänner 1978 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Kunsthochschul-Organisationsgesetz geändert wird, wird kein Einspruch erhoben.

Vorsitzender: Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet hat sich Frau Bundesrat Dr. Anna Demuth. Ich erteile es ihr.

Bundesrat Dr. Anna **Demuth** (SPÖ): Herr Vorsitzender! Frau Minister! Meine Damen und Herren! Das Kunsthochschul-Organisationsgesetz aus dem Jahre 1970 wurde durch die Kunsthochschulordnung im Feber 1971 ergänzt. Neu war bereits im ersten Gesetz 1970 die Verankerung der Mitbestimmung, die einen weiteren Schritt zur Demokratisierung an den Hochschulen darstellte, sodaß der sogenannte akademische Mittelbau und die Studierenden in allen Gremien vertreten waren. Es war auch erstmals, daß die Ausschreibung der Dienstposten in einem Gesetz verankert war.

Dr. Anna Demuth

1975 haben wir nach langer Vorarbeit das UOG verabschiedet und mit ihm eine Demokratisierung, eine Mitbestimmung und eine Transparenz auch in diesem Bereich der Hochschulen angestrebt und erreicht.

Im UOG sind die Ausschreibungen vorgeschrieben mit genau angeführten Modalitäten und dem sogenannten Terna-Vorschlag. Es ist die qualifizierte Auswahl gewährleistet, es sind die Nachfristen festgesetzt und es ist eine Entscheidung ohne Rücksicht auf die Reihung beim Minister für Wissenschaft und Forschung verankert. Damit wurde der Verantwortung des Ministers Rechnung getragen und sozusagen der Verwaltung der Hochschulen mehr Gewicht gegeben.

In unserem heutigen Gesetz, besser gesagt in unserer Novellierung der Kunsthochschulordnung wurde nun die Kunsthochschulordnung wesentlich stärker an das UOG angeglichen, obwohl nicht alle Wünsche der Betroffenen berücksichtigt wurden. Weiters wurden gewisse Kompetenzen genauer umrissen, um die Arbeiten, die effizienten Arbeiten an den Kunsthochschulen zu erleichtern und festzusetzen.

Wir freuen uns, daß der Novellierung der Kunsthochschulordnung auch die Fraktion der Rechten die Zustimmung gibt, denn wir erinnern uns in diesem Zusammenhang doch ein bißchen daran, wie sehr seinerzeit gegen das UOG polemisiert wurde und wie diesmal in der Debatte im Nationalrat die Abgeordneten der ÖVP dafür eingetreten sind, wohl da und dort auch noch mit leiser Kritik an gewissen Bestimmungen, daß die Kunsthochschulordnung in dieser Form verabschiedet wurde. So wird diese Kunsthochschulordnung heute mit den Stimmen beider Fraktionen verabschiedet werden.

Eine ganze Reihe von wichtigen Verbesserungen sind in diesem neuen Gesetz. So möchte ich besonders auf § 33 Abs.4 verweisen, wonach auf Antrag des Kollegiums auch Lehrer die Leitung einer Klasse übernehmen können, die nicht Hochschulprofessoren sind, allerdings begrenzt auf längstens zwei Jahre und mit einer Verlängerung bei besonderer Begründung um ein weiteres Jahr.

Damit wird gerade für Kunsthochschulen gewährt, daß wir eine Reihe von Gastlehrern oder Gastprofessoren bekommen können, die auf Grund ihrer Qualifikation als Künstler, auf Grund ihres Rufes in der Welt einer Klasse ein wesentlich größeres Wissen und ein größeres Vorbild geben können, als dies bisher der Fall war. Es ist dadurch möglich, emeritierte Professoren ebenso zu berufen wie Künstler aus allen anderen Gebieten.

Ich glaube, daß dies eine sehr wichtige Bestimmung ist, denn was muß eine Kunsthochschule nach unseren Begriffen tun? Sie muß vor allem die Kunst pflegen, die Künste, die schönen Künste. Sie muß Forschung und wissenschaftliche Arbeit betreiben, aber sie soll ja in erster Linie auch dazu dienen, den Lernenden mitzugeben, weiter im Bereich der Künste zu wirken und den Ruf Österreichs so wie bisher weiter zu vertreten.

Die §§ 10/2 und 11/1 umreißen die klaren Kompetenzen für das erweiterte Gesamtkollegium. Hier wird aufgeführt, daß bei der Besetzung von Planstellen von Hochschulprofessoren auch Personen, die sich nicht persönlich beworben haben, von sich aus berufene Künstler und qualifizierte Professoren, berufen werden können.

Neu ist ebenso im § 20 Abs. 6, daß die Wahl eines akademischen Funktionärs auch dann ermöglicht werden kann, wenn der Amtsvorgänger dauernd verhindert ist. Dies ist eine ungeheuer wichtige Bestimmung, daß eine Funktion nicht vakant bleibt, sondern daß diese Funktion besetzt werden kann, um die notwendigen Geschäfte abzuwickeln, um die notwendigen Arbeiten weiterzuführen.

Ebenso kann in Kommissionen eine Vertretung entsendet werden. Auch dies erleichtert die Arbeit in den Hochschulgremien.

Der § 1 des Kunsthochschul-Organisationsgesetzes sagt ausdrücklich, daß die eigene Rechtsstellung der Hochschulen gewährleistet ist. Sie haben Rechtspersönlichkeit, sie können unentgeltliche Rechtsgeschäfte, etwa bei Schenkungen und Widmungen, übernehmen und ausführen und damit ihre Abwicklung, die Verwaltung der Kunsthochschulen effizienter gestalten.

In diesem Zusammenhang ist es vielleicht notwendig, auch ein paar Worte zum Stellenwert der Kunst in unserem Leben zu sagen. Wir wissen, daß wir an den Kunsthochschulen oder zur Kunst selber vielleicht nicht immer das Verhältnis haben, das wir haben sollten, daß Künstler eigentlich immer von der Mehrheit der Bevölkerung als gewisse Außenseiter betrachtet werden und daß viele verschreckt von der Konfrontation mit der neuen Kunst zurückkommen.

Grundsätzlich müssen wir auch für die freie Entfaltung aller Kunstrichtungen und Künstler eintreten, die Künstler fördern, denn sie sind mit vielleicht Mahner, Rufer, und sie sind zum Großteil auch Menschen, die unsere Gesellschaft, wenn schon nicht im Augenblick, so doch auf längere Sicht gesehen, ganz wesentlich mitgestalten.

Dr. Anna Demuth

Ich glaube, daß hier in erster Linie unsere Aufgabe darin liegt, auch als politisch tätige Mandatare, mehr Verständnis und mehr Toleranz für die neue Kunst zu entwickeln.

Wenn ich dies vielleicht an einem Beispiel definieren darf: Wir alle feiern heute Egon Schiele. Man betritt kaum irgendwo einen Raum, wo nicht eine Graphik, ein Druck von ihm hängt. Wenn wir an die Gesellschaft der zwanziger Jahre und an ihre Moralauffassung denken, so wissen wir, daß Egon Schiele diese Gesellschaft ungeheuer brüskiert und schockiert hat, ja daß das dazu geführt hat, daß Egon Schiele in Haft genommen wurde, weil man ihm vorgeworfen hat, seine Kunst sei pornographisch.

Auch wir stehen heute oft vor Bildern, von denen wir sagen: Das ist Pornographie, das ist Kitsch, das ist nicht Kunst.

Ich glaube, daß wir an Künstler andere Maßstäbe anlegen müssen, daß wir den Künstler fördern müssen, damit nicht das Wort wahr wird, welches Gottfried von Einem kürzlich anläßlich seines 60. Geburtstages gesagt hat: Ein Künstler müßte 70 Jahre tot sein. Ungefähr so lange ist Egon Schiele tot, und heute kommt ihm die Ehrung zuteil, die er eigentlich zu seinen Lebzeiten verdient hätte.

In diesem Sinne wünsche ich den Arbeiten an unseren Kunsthochschulen und der politischen Arbeit – auch die Parteien beziehen ja eindeutig zur Kunst Stellung, auch wir tun dies in unserem neuen Programmentwurf, wo wir die Freiheit der Künstler sichern, die Unterstützung der Künstler, wo wir zur Toleranz mahnen auch dort, wo wir sie im Augenblick nicht verstehen, womit wir dazu beitragen, daß die Kunst das wird, was einmal ein bedeutender Mann gesagt hat, nämlich daß die Kunst unser Leben verschönt und daß die Kunst in unser Leben Freude bringt, ohne die Kunst wäre unser Leben weniger fröhlich –, in diesem Sinne also wünsche ich den Hochschulen und ihren Arbeiten auf diesem Gebiet den besten Erfolg und unseren jungen Künstlern eine verständnisvolle Bevölkerung, die ihre Kunstwerke, wenn schon nicht mit Freuden aufnimmt, so zumindest tolerierend betrachtet.

Meine Fraktion wird dem neuen Gesetz ihre Zustimmung geben. Danke. *(Allgemeiner Beifall.)*

Vorsitzender: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wünscht noch jemand das Wort? – Es ist dies nicht der Fall.

Die Debatte ist geschlossen.

Wird vom Berichterstatter das Wort gewünscht?

Berichterstatter Dr. **Lichal:** Nein.

Vorsitzender: Es ist dies nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung beschließt der Bundesrat, gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

4. Punkt: Ausschußergänzungswahlen

Vorsitzender: Wir gelangen zum 4. Punkt der Tagesordnung: Ausschußergänzungswahlen.

Diese Wahlen sind infolge des Ausscheidens des Bundesrates Leopold Wally notwendig geworden.

Es ist mir der Vorschlag zugekommen, Bundesrat Wolfgang Radlegger in jene Ausschüsse als Mitglied beziehungsweise Ersatzmitglied zu wählen, denen bisher Bundesrat Leopold Wally angehörte.

Falls kein Einwand erhoben wird, werde ich über diesen Wahlvorschlag durch Handzeichen abstimmen lassen. – Ein Einwand wird nicht erhoben.

Ich bitte jene Mitglieder des Bundesrates, die dem Wahlvorschlag ihre Zustimmung geben, um ein Handzeichen. – Der Wahlvorschlag ist somit angenommen.

Ein Verzeichnis der neubesetzten Ausschußmandate wird dem Stenographischen Protokoll der heutigen Sitzung angeschlossen werden.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die Einberufung der nächsten Sitzung des Bundesrates wird auf schriftlichem Wege erfolgen. Als Sitzungstermin ist Donnerstag, der 23. Feber 1978, 9 Uhr in Aussicht genommen.

Für die Tagesordnung kommen jene Vorlagen in Betracht, die der Nationalrat bis dahin verabschiedet haben wird, soweit sie dem Einspruchsrecht des Bundesrates unterliegen.

Die Ausschußvorberatungen sind für Dienstag, den 21. Feber 1978, ab 16 Uhr vorgesehen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 10 Uhr 10 Minuten

Besetzung von Ausschußmandaten auf Grund der vom Bundesrat in seiner (371.) Sitzung vom 26. Jänner 1978 durchgeführten Ausschußergänzungswahlen

Außenpolitischer Ausschuß

Mitglied: Wolfgang Radlegger (an Stelle Leopold Wally)

Finanzausschuß

Mitglied: Wolfgang Radlegger (an Stelle Leopold Wally)

Unterrichtsausschuß

Mitglied: Wolfgang Radlegger (an Stelle Leopold Wally)

Ständiger gemeinsamer Ausschuß im Sinne des § 9 des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948

Ersatzmitglied: Wolfgang Radlegger (an Stelle Leopold Wally)

Österreichische Staatsdruckerei L61 10718 f/f